



| | | |
|--|---|---------------|
| Fraktionsantrag | Vorlage-Nr: VO/2015/582-011 | |
| Federführend: FD 5.3 Regionalentwicklung | Status: öffentlich Datum: 17.10.2016 Ansprechpartner/in: Breuer, Volker Bearbeiter/in: Weit, Kirsten | |
| Gemeinsamer Antrag der CDU-, FDP- und Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktionen zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung | | |
| Beratungsfolge: | | |
| Status | Gremium | Zuständigkeit |
| Öffentlich | Regionalentwicklungsausschuss | Beratung |

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:
entfällt

2. Sachverhalt:

Der gemeinsame Antrag der CDU-, FDP- und Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Anlage/n:

Antrag der CDU-, FDP- und Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion



CDU-Kreistagsfraktion
Paradeplatz 10
24768 Rendsburg
Tel.: 04331 14160
Fax: 04331 141620
info@cdu-rd-eck.de

FDP-Kreistagsfraktion
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel.: 04331 / 202-359
Fax: 04331 / 202-563
fdp.kreistag.rd-eck@freenet.de

Kreistagsfraktion RD-Eck
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreishaus
24768 Rendsburg
Tel. 04331/202-362
Fax 04331/202-566
armin.roesener@web.de

An den
Vorsitzenden des
Regionalentwicklungsausschusses
des Kreises Rendsburg-Eckernförde
Herrn Tim Albrecht

per Email

Rendsburg, 16.10.2016

Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FDP, BÜNDNIS/DIE GRÜNEN für die Sitzung des Regionalentwicklungsausschusses am 01. November 2016

Sehr geehrter Herr Albrecht,

die Kreistagsfraktionen der CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP im Kreistag Rendsburg-Eckernförde stellen folgenden Antrag zum Top „Schülerbeförderungssatzung“ für die nächste Sitzung des Regionalentwicklungsausschusses:

Der Bildungstarif wird in die Schülerbeförderungssatzung integriert. Künftig haben auch die Schüler der Klassenstufe 11-13 der Gymnasien, der Gemeinschaftsschulen sowie der Beruflichen Schulen einen Anspruch auf Schülerbeförderung. Abweichend zum §10 Abs. 2 „Eigenanteil an den Schülerbeförderungskosten“ gilt für diese Schüler, dass ein Eigenanteil in Höhe von 150 € pro Schüler erhoben wird.

Begründung:

Seit Einführung der Schülerbeförderung in den 70er Jahren hat sich die Schullandschaft grundlegend verändert. Haben früher nur ein Bruchteil der Schüler das Abitur erlangt, so ist diese Zahl auf über 50 % gestiegen. Diese Schüler jedoch von der Schülerbeförderung auszuschließen, ist heutzutage nicht mehr angemessen. Dieser Entwicklung möchten CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP Rechnung tragen. Das Einbeziehen dieser Schülergruppe ist in Schleswig-Holstein einmalig.

Finanzielle Auswirkungen:

Mehrkosten in Höhe von max. 160.000 €*

Thomas Kahle

Holger N. Koch

Klaus Langer

für die CDU-Fraktion

für die FDP-Fraktion

für die Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen

* Die Zumutbarkeitsgrenze in Höhe von 6 Km ist in dieser Rechnung noch nicht berücksichtigt.